

Herr Kevin Meinel	unentschuldigt
Frau Jana Richter-Wehnert	unentschuldigt
Frau Theresia Schumann	unentschuldigt
Frau Christa Süß	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Lutz Schäfer	<u>Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport</u>	Zu allen TOP
Frau Heidi Seeling	<u>Behinderten- und Ausländerbeauftragte</u>	Zu allen TOP

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Marco Hohe, Betriebsleiter VielfaltMenü GmbH	Zu TOP 2
Frau Kerstin Kammler, Vorsitzende des Vereins Sozialwerk Vogtland e.V.,	Zu TOP 2
Frau Sabine Schott, Freie Presse	Öffentl. Teil

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 12.05.2022
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 16.06.2022
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen des Bürgermeisters
2. Information
- 2.1. Preisanpassung für das Mittagessen in den kommunalen Kindertageseinrichtungen 0663/2022
3. Vorstellung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. – Zuwendungen für Neugeborene -, Reg.-

Nr. 270-22 - Stellungnahme der Verwaltung

4. Vorberatung
- 4.1. Antrag der CDU-Fraktion - Kita-App -, Reg.-Nr. 273-22 - Stellungnahme der Verwaltung
- 4.2. Antrag der SGI-Fraktion - Kita-App -, Reg.-Nr. 274-22 - Stellungnahme der Verwaltung
- 4.3. Antrag der AfD-Fraktion - Kita-App -, Reg.-Nr. 275-22 - Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 27. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, und Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Zur Tagesordnung erfolgt keine Diskussion.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 12.05.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 12.05.2022 wurde bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 16.06.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 16.06.2022 wurde bestätigt.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, nimmt Bezug auf die Anfrage von Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, zum Thema Papierkorbleerungen. In einer einmonatigen Testphase wird die turnusgemäße Leerung Donnerstag um eine zusätzliche Leerung am Samstag erweitert.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, bittet die Verwaltung, die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschuss über die Auswertung der Testphase zu informieren. Die Fraktion DIE LINKE fände es besser, einen weiteren Müllbehälter zu stellen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt, da diese Problemlage an verschiedenen Standorten anliegt und sowohl das Stellen von neuen Papierkörben als auch die zusätzliche Leerung der Behälter Mehrkosten verursacht, wird die Testphase zeigen, ob das Problem hierdurch behoben werden kann.

Es sind keine weiteren Anfragen offen.

1.5. Informationen des Bürgermeisters

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, spricht seinen besonderen Dank auf Frau Heidi Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte. Sie hat in den letzten Wochen ganz starke Arbeit geleistet, viele Einkäufe getätigt und einen zweiten Hilfstransport mit Lebensmitteln, Kleidung und Zeltmaterial für die Ukraine auf den Weg gebracht.

Ein besonderer Dank auch an jene, die hier in Größenordnung gespendet haben. Trotz alledem hat sich die Stadtverwaltung zum aktuellen Zeitpunkt entschieden, dieses Spendenkonto zu schließen. Man hat einen großen Beitrag geleistet, wichtig ist aber auch der Bedarf im eigenen Land, in der eigenen Bevölkerung. Er bittet all jene, die gerne weiter spenden möchten, die ortsansässigen Vereine zu unterstützen.

2. Information

2.1. Preisanpassung für das Mittagessen in den kommunalen Kindertageseinrichtungen 0663/2022

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt vorab zur Preisentwicklung des Mittagessens in den kommunalen Kindertageseinrichtungen, dass die Stadt Plauen keinerlei Einfluss auf die Situation hat. Er findet die Preise mehr als überteuert, nicht weil es das nicht wert ist, sondern weil Familien mehr für das Essen ihrer Kinder zahlen müssen, als für die Beiträge der Kindertageseinrichtungen. Allein das Thema Energie belastet viele Familien zusätzlich. Natürlich ist die Preisanpassung auch der Mindestlohnsteigerung geschuldet.

Er selbst findet es gut, dass der Mindestlohn angepasst wird, kann aber nicht nachvollziehen, dass der Bund oder die Bundesregierung einen Mindestlohn beschließt und auf der anderen

Seite nicht bereit ist, die Kosten, die damit einhergehen, zu finanzieren. Er wünscht sich eine Bundesregierung, welche die Kommunen bzw. die Eltern gezielt entlastet. Dennoch will die Stadt Plauen soweit möglich einen Beitrag leisten. Seit Jahren konnten die Kindergartenbeiträge konstant an der untersten Mindestgrenze gehalten werden.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, stellt die Verwaltungsvorlage vor.

Man steht im Moment vor einer Situation, die Familien stark belastet. Das ist ihm bewusst und er kann nur sagen, dass er im Moment auch keinen Ausweg kennt.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, kann dies an dieser Stelle nur teilen.

Es ist eine hohe Belastung für die Familien. Die Gefahr, dass ganze Familiengruppen diskreditiert bzw. ausgeschlossen werden, ist hoch. Er appelliert an die Bundesregierung, zügig für Entlastung zu sorgen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, kritisiert, dass die Eltern erst am 24.08.2022 und die Stadträte erst mit Übergabe dieser Vorlage über die neuen Preise informiert wurden, obwohl seit dem 24.05.2022 gemäß Vorlage bekannt ist, dass sich die Preise erhöhen? Wieso wurden die Eltern nicht eher informiert?

Des Weiteren trägt er einen Fragenkatalog aus dem Gespräch mit dem Elternrat der Kindertageseinrichtung Buratino vor.

1. Wie setzt sich der Servicepreis der über die VielfaltMenü GmbH (Sozialwerk Vogtland e.V.) von 2,16 EURO zusammen? Sind hier auch Lohn- und Betriebskosten enthalten?
2. Warum ist der Servicepreis für Frühstück und Vesper höher, als der Betrag für das Mittagessen? Obwohl die Firma VielfaltMenü GmbH die Kosten, wie Fahrzeuge, Abfallentsorgung, Lohn von sämtlichen Mitarbeitern, Köche und Fahrer etc. sowie Preissteigerung bei Lebensmittel und Energie trägt. Wie erklärt sich das?
3. Welche Aufgabe hat das Sozialwerk Vogtland e.V.? Wieso kann diese Arbeiten nicht auch VielfaltMenü GmbH durchführen. Kann die Tätigkeit nicht von den Einrichtungen übernommen werden?
4. Welche Nebenkosten fallen für das Sozialwerk Vogtland e. V. außer den Lohn- und Lohnnebenkosten für die Servicekraft an? Er führt ein Rechenbeispiel vor, dass bei einer Vollverpflegung die VielfaltMenü GmbH 3,80 EURO für ein Kind an das Sozialwerk Vogtland e.V. abführt. Das sind bei einer fiktiven Anzahl von 80 Kindern einer Kindertageseinrichtung und einer Servicekraft 6.080 EURO je Monat.
5. Wer zahlt in den Kindertageseinrichtungen die technischen Gerätschaften, wie Geschirrspüler und deren Wartungskosten.

Abschließend möchte er wissen, ob es Alternativen zum Sozialwerk Vogtland e.V. gibt. Wäre eine direkte Anstellung von Servicekräften über die Stadt Plauen denkbar und vielleicht auch ökonomisch sinnvoll.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, fragt nach dem prozentualen Anteil der Lohnkosten. Er ist der Meinung, selbst bei 100% rechtfertigt dies nicht die Preissteigerung des Essens.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, fordert eine Transparenz in der Kalkulation.

Herr Marco Hohe, Betriebsleiter VielfaltMenü GmbH, sagt, die Lieferung des Essens und der Service wurden steuerlich getrennt. Die Anlieferung und das Essen werden mit 7% und der Service mit 19% versteuert. Dies war Hintergrund der 2 Kostenträger, würden beide zusammengeführt, wären es für alles 19%. Die VielfaltMenü GmbH bietet keinen Service an.

Frau Kerstin Kammler, Vorsitzende des Vereins Sozialwerk Vogtland e.V., kann die Fragen nicht im Detail beantworten. Es müssen die Verbrauchsmaterialien gekauft werden, wie Geschirrspülpulver, Geschirrtücher werden selbst gewaschen, dies ist alles im Servicepreis enthalten. Weiter sind die Lohnkosten der Servicekraft enthalten. Weiter fallen Benzinkosten, Steuerberatungskosten, Kosten für die Corona-Tests und die Haftpflichtversicherung an. Sie

sagt weiter, unter den aktuellen Umständen kann keine ordentliche Kalkulation erfolgen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt noch einmal nach. Dann hat das Sozialwerk Vogtland e. V. irgendetwas kalkuliert? Es gibt keine Grundlage für diesen Preis?

Frau Kerstin Kammler, Vorsitzende des Vereins Sozialwerk Vogtland e.V., sagt, sie wäre sehr dankbar, wenn man einen günstigeren Anbieter als sie finden würde.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt noch einmal das Rechenbeispiel aus. Bei einer Vollverpflegung pro Kind erhält das Sozialwerk Vogtland e. V. für den Service 3,80 EURO. Bei einer fiktiven Zahl von 80 Kindern in der Kindertageseinrichtung sind es 6.080,00 EURO für eine Servicekraft im Monat.

Frau Kerstin Kammler, Vorsitzende des Vereins Sozialwerk Vogtland e.V., antwortet, dass die Servicekräfte keine 6.000,00 € verdienen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, gibt zu bedenken, dass diese Fragen durchaus berechtigt sind, aber er denkt, dass das hier in dieser Form nicht abschließend zu klären ist. Es steht ein Preis im Raum, der nicht wirklich kalkuliert werden konnte bzw. aufgrund Unsicherheiten der Eindruck entsteht, dass es an Transparenz fehlt.

Es gibt natürlich auch andere Dienstleister. Hier muss man schauen, ob diese schon den Mindestlohn eingeplant haben.

Herr Kämpf sieht in jedem Fall noch Redebedarf und schlägt den Mitgliedern des Bildungs- und Sozialausschusses vor, dass die Stadtverwaltung zum Thema Servicedienstleistung noch einmal mit den entsprechenden Partnern ins Gespräch kommt und zum Thema Preisgestaltung in die Verhandlung geht.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, durchzurechnen, ob Alternativen durch die Stadt Plauen möglich sind.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, warnt davor, den Service durch eigenes Personal abzudecken. Im Bereich Kindertageseinrichtungen gibt es eine andere Lohnstruktur, es würden noch höhere Kosten entstehen. Auch der schlechte Personalschlüssel lässt es nicht zu, die Essensvorbereitung durch einen Erzieher abzudecken.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, beantwortet die noch offene Frage zu den technischen Geräten. Die Stadt Plauen ist für die Einrichtung der Küche, das Geschirr, Gas, Wasser und Strom zuständig.

Weiter führt er aus, dass die Stadtverwaltung bezüglich anderer Anbieter mit anderen Trägern kommuniziert hat. Es gibt verschiedene Modelle dieser Servicedienstleistung. Es gibt Unternehmen oder Träger, die haben Tochtergesellschaften gegründet, um keine 19% Mehrwertsteuer zu entrichten. Es gäbe durchaus verschiedene Möglichkeiten, welche aber nicht für die Stadt Plauen in Frage kommen. Der Markt ist im Moment nicht so aufgestellt, dass die Stadt Plauen sagen kann, sie hätte eine Leistung zu vergeben, wer möchte die Servicedienstleistungen in den Einrichtungen übernehmen, unterbreiten sie ein Angebot.

Von verschiedenen Dienstleistern wurde gesagt, dass sie nicht in der Lage sind, die Einrichtungen in der Trägerschaft der Stadt Plauen durch Servicedienstleistung mit zu bearbeiten.

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass der gesetzliche Mindestlohn von 12,00 EURO erst in der Beschlussfassung im Juli 2022 erfolgte. Bis dahin war das noch nicht sicher und trotzdem mussten die Unternehmen kalkulieren.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet darum, sollte sich im Nachgang ein günstiger Preis ergeben, diesen zu verrechnen. Verhandelt werden. Weiter bittet sie, eine eventuelle Anhebung der Einkommensgrenze in die Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis aufzunehmen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, antwortet, dass er mit allen beteiligten Unternehmen noch einmal ins Gespräch geht, wie die Problematik vor Ort ist und in welchen Zwangslagen jedes einzelne Unternehmen ist.

Er führt weiter aus, es gäbe eine zweite Option, dass jede Kindertageseinrichtung das für sich selber regelt und eigene Verträge schließt. Was aber dazu führen kann, das zum einen der Aufwand in der Einrichtung bzw. bei den Erziehern und auch bei den Eltern mit ungewissem Ausgang zusätzlich erhöht wird. In der Regel ist es so, dass wenn man größere Kontingente vereinbart, es auch andere Preise gibt, als wenn man für kleine Einrichtungen einzeln, die verschiedene Dienstleister anfragen muss. Es gäbe mehrere Optionen, die aber nicht unbedingt besser bzw. günstiger sind.

Zum Thema Einkommensgrenzen führt er aus, dass es so ist, dass egal wer was wie angepasst hat, es wird immer Familien geben, die eben gerade nicht in diese Einkommensgrenze fallen.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, ergänzt, dass nach seinem Kenntnisstand der Vogtlandkreis keinen Einfluss auf die Festlegung der Einkommensgrenzen hat, weil es sich um das Bildungspaket des Bundes handelt. Beim Bildungspaket des Bundes legt der Bund fest, welche Einkommensgrenzen gelten, welche Familien als Geringverdienende eingestuft werden und wenn es um Entlastungspakete geht, muss dies auch eine Rolle spielen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt, man sieht hier noch mal ganz klar, dass die Verantwortung eindeutig beim Bund liegt. Er kann nur dafür werben, wenn man über Entlastungspakete spricht, die Eltern direkt zu entlasten, in dem man die Lohnsteuer möglichst für mittlere und kleine Einkommensgruppen massiv absenkt bis hin zur Entlastung bei Sozialversicherungsbeiträgen.

Eine Erhöhung des Wohngeldes würde für die Kommunen zusätzlichen Aufwand und zusätzliches Personal bedeuten.

Herr Stadtrat Sven Gerbeth, FDP-Fraktion, befürwortet den Vorschlag, das Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Er findet es wichtig, höchstmögliche Transparenz zu schaffen. Es geht hier um ein vollwertiges Mittagessen für 5,11 EURO und man sollte sich im Klaren sein, dass das Problem eigentlich woanders liegt.

Das kann die Stadt Plauen nicht alleine stemmen. Es geht um die, die ein Einkommen haben, das gerade so über der Grenze liegt und die in vielen Bereichen nicht nur bei den Elternbeiträgen, nicht nur beim Mittagessen, sondern auch woanders Probleme haben. Es muss eine Lösung her, diese muss eingefordert werden.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, verweist darauf, dass es sehr wohl genügend Bundesländer gibt, die unter den gleichen Bundesrahmenbedingungen z. B. kostenfreie Kindertageseinrichtungen anbieten oder eben auch eine Deckelung der Zuzahlungen, die durch die Eltern zu leisten ist, wie z. B. in Berlin bei 90,00 EURO maximal der Fall ist und wo die Risiken dann eben vom Land getragen werden. Es besteht durchaus auch auf Landesebene die Möglichkeit, die Partei, hier die CDU-Fraktion, in die Verantwortung zu nehmen. Auch er schließt sich den Vorrednern an, diese Erhöhung kann man so nicht einfach hinnehmen, da muss was passieren.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, nimmt Bezug auf den Hinweis von Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, dass in anderen Bundesländern keine Elternbeiträge erhoben werden. Es gab dieses Qualitätsbundesgesetz Kindertageseinrichtung und da hatten die Bundesländer verschiedene Möglichkeiten, diese Fördermittel des Bundes einzusetzen, entweder um Elternbeiträge oder möglicherweise das Mittagessen zu übernehmen. Sachsen hat das Geld eingesetzt, um den Personalschlüssel zu verbessern, die Vor- und Nachbereitungszeit zu finanzieren.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt, dies zeigt noch mal deutlich, dass es immer von den Bundesmitteln abhängt und wie von Herrn Stadtrat Christian Hermann,

SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, angesprochen, ist die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion sowohl in der Regierungsverantwortung in Sachsen, aber auch im Bund federführend und es ist so, dass das Land die Prioritäten festlegen muss. Wenn es ein weiteres Entlastungspaket bzw. Gelder vom Bund gibt, sollten die Eltern gezielt entlastet werden.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, möchte gerne wissen, wie viele Essensanmeldungen es in der Stadt Plauen aktuell insgesamt gibt und wie viele davon ein Essen über das Bildungspaket angemeldet haben. Worin liegen die Gründe der Nichtanmeldungen bzw. Abmeldungen.

Ihrer Meinung nach wollen die Eltern ihre finanzielle Lage nicht mehr offenlegen und füllen daher die Anträge nicht mehr aus, obwohl sie berechtigt wären, ein Mittagessen zu bekommen. Es wird wohl noch weitere Abmeldungen geben, wenn die Eltern erfahren, wie sich der Preis entwickelt.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt, dass es wichtig ist, dass es eine Transparenz zu den Anmeldezahlen für das Mittagessen gibt. Er wird diese zusammentragen und diese den Mitgliedern des Bildungs- und Sozialausschusses übermitteln.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, ist gespannt, wie das Land weiter agieren wird. Die Fraktion DIE LINKE kämpft ja schon seit Jahren für ein kostenloses Mittagessen. Sie wünscht sich, dass aus dem Ausschuss heraus ein Signal nach Dresden gesendet wird. Man kann den Unternehmen hier keine Schuld geben. Sie versuchen sicherlich das Beste. Es ist nicht einfach, nicht nur in der Corona-Zeit, sondern auch jetzt in allen anderen Bereichen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, nimmt den Wunsch, einen Appell aus dem Bildungs- und Sozialausschuss zu senden, auf und führt aus, einen Brief an die Bundesregierung als auch an die Landesregierung zu formulieren, sowohl für Entlastung zu sorgen bzw. das entsprechend mit zu verhandeln. Er würde dahingehend diese Schreiben auf dem Weg bringen oder auch unabhängig davon mit entsprechenden Vertretern der Landesregierung und Bundesregierung versuchen, direkte Gespräche zu vereinbaren.

Herr Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, fragt die Verwaltung, wer oder was hindert die Stadt Plauen diese Erhöhung abzufedern. In anderen Bereichen, z. B. im Bau, werden mehrere Millionen gegenüber der Planungssumme nachverhandelt. Warum geht es hier nicht, wenn man sagt, der Bund hat vergessen eine Förderung für das Essen einzuführen. Er wiederholt eine Aussage aus einem früheren Bildungs- und Sozialausschuss.

Er sagt: „*unser Staat hat, ohne einen Handschlag zu tätigen, beim Kraftstoff 18,3 Milliarden Mehreinnahmen. Da kann man mit links das Essen für die Kinder bezahlen*“

Auch die AfD-Fraktion hat im Wahlprogramm ein wertiges Essen für unsere Kinder in Schule und Kita stehen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, ergänzt, dass der Anteil der Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas sich unter Angela Merkel von unter 30% auf über 50 % erhöht hat. Die Schuld ist nicht nur bei der heutigen Regierung zu suchen.

Weiter hakt er nochmals nach, warum die Elternschaft so lange auf die Informationen warten musste. In der Vorlage steht geschrieben, dass das Sozialwerk Vogtland e. V. am 31.03.2022 und die VielfaltMenü GmbH am 24.05.2022 der Stadt Plauen die Preisanpassung mitgeteilt haben. Wieso wurden die Eltern nicht früher informiert?

Als weiteres Beispiel führt er aus, dass ab dem 01.09.2022 ein Mittagessen an der Friedrich-Rückert-Grundschule 4,30 EURO kostet.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, führt aus, dass man Schulen nicht mit Kindertageseinrichtungen vergleichen kann. Bei Kindergärten gibt es mit 50 recht kleine Einheiten, bei Schulen große Einheiten, wo mehrere hunderte von Schülern essen. Das heißt, dass das Verhältnis von Einnahmen und Personal-Einsatz ein ganz anderes ist.

Auf die bundespolitische Diskussion möchte er nicht weiter eingehen. Es sind seitens der Regierung unstrittig viele Fehler gemacht worden. Die Stadt Plauen kann nur einen Beitrag

dahingehend leisten, die Eltern weiter zu entlasten.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, es ist nicht Aufgabe der Stadt, die Eltern zu informieren. Dies ist Sache der Unternehmen, die mit den Eltern einen Vertrag haben, in dem Fall war es die VielfaltMenü GmbH. Man hat mit der Information bis zum Beschluss des Mindestlohnes von 12,00 EURO gewartet.

Zur Vergleichbarkeit sagt er, selbstverständlich wurde in anderen Kommunen nachgefragt, wie es dort mit der Mittagessen-Preisgestaltung aussieht. Man hat festgestellt, dass es etliche Kommunen gibt, die auf den 01.10. mit der Erhöhung des Mindestlohns noch gar keinen Bezug genommen haben.

Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, müssten die einzelnen Kosten, wie das reine Mittagessen, die Anlieferung und der Service, bewertet werden. Die Kosten für ein reines Mittagessen liegen bei 2,70 EURO 2,85 EURO 2,95 EURO bis 3,30 EURO. Bei den Dienstleistungen ist ein Vergleich schwierig, da die Einrichtungen die Servicedienstleister unterschiedlich für sich gebunden haben.

Dem Ausschuss liegt jetzt eine Preiskalkulation vor, welche den Mindestlohn ab 01.10.2022 berücksichtigt hat.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, gibt zu bedenken, dass irgendetwas nicht stimmen kann. Gesagt wurde, dass die Erhöhung des Mindestlohnes Grund für die Erhöhung des Essens ist. Bei 32% Personalkosten funktioniert das eigentlich nicht, hier sollte man mal nachrechnen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt, das ist genau das Anliegen, dass im Gespräch mit den entsprechenden Anbietern noch einmal aufgenommen werden soll. Wie ist die Kalkulation und welche Steigerungen sind gerechtfertigt.

Frau Beatrice Parthon, sachkundige Einwohnerin, bittet um eine detaillierte Auflistung, so dass alles nachvollziehbar ist. Die Kosten des Materials, des Personals, der Maschinen, der tägliche Arbeitsaufwand pro Tag und pro Kind, die Anzahl der Einrichtungen und Anzahl der zubereiteten Mahlzeiten. Wichtig ist auch die Prozentzahl der Angestellten im Servicebereich, die wirklich nur den Mindestlohn erhalten. Eine detaillierte Anfrage von Herrn Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, wird noch an die Stadtverwaltung eingereicht.

Weiter erinnert sie an die Anfrage von Herrn Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, ob eine Abfederung durch die Stadt möglich ist. Hier wurde noch keine Antwort gegeben und bittet um eine kurzfristige Aussage.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, antwortet, natürlich hat die Stadt Plauen versucht, über verschiedene Maßnahmen die Kostensteigerungen, die bei der Stadt Plauen anfallen, in der Energieversorgung Kindergärten aber andere Energiekosten umzulegen, um die Elternbeiträge stabil zu halten und um die Eltern bewusst zu entlasten.

Die Stadt Plauen hat keinerlei Spielräume, irgendwo zusätzlich Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ist ein Haushalt vorzulegen, der genehmigungsfähig ist.

Natürlich kann jede Fraktion ihre Anträge mit den verschiedenen Prioritäten zum Haushalt stellen und entsprechende Deckungsquellen benennen.

3. Vorstellung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. – Zuwendungen für Neugeborene -, Reg.-Nr. 270-22 - Stellungnahme der Verwaltung

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, stellt ihren Antrag vor und ergänzt diesen um den Zusatz „für den Bedarf des neugeborenen Kindes“. Der Antrag lautet nun wie folgt:

„Der Stadtrat möge beschließen, dass die finanziellen Zuwendungen für Neugeborene der Stadt Plauen ab 2023 wieder als „Zweckgebundenes Begrüßungsgeld für den Bedarf des neu-

geborenen Kindes“ ausgezahlt werden.“

Frau Seidel führt weiter aus, es wurden viele Gespräche mit Eltern und Vereinen geführt sowie viel Zeit investiert mit dem Ergebnis, dass die Eltern das Geld wünschen.

Sie würde es befürworten, wenn die Auszahlung gleich mit der Anmeldung des Kindes erfolgt. Dies ginge schnell und unproblematisch und es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt, das Thema wurde bereits besprochen. Die Verwaltung hatte einen ersten Vorschlag unterbreitet. Man ist offen, weitere Vorschläge aus dem Rat aufzunehmen, um dort ein gutes gemeinsames Konzept, was auch langfristig tragfähig ist, auf dem Weg zu bringen.

Daher wurde ein Zeitplan gegeben, dass alle Fraktionen die Möglichkeit haben, konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Die Stadtverwaltung selbst wird auch einen weiteren Vorschlag einbringen. Dieser ist aber noch in Arbeit.

Herr Kämpf bittet Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, ihren Antrag noch einmal zu überdenken. Es wurde schon oft festgestellt, dass bei Anträgen der Fraktion DIE LINKE, das was sie beantragen dann oft nicht mit dem übereinstimmt, was im Ausschuss vorgebracht wird.

Im Antrag steht „Zweckgebundenes Begrüßungsgeld“, das bedeutet, dass die Auszahlung des Geldes an einen Zweck gebunden ist. Der Zweck ist aber dem Antrag nicht zu entnehmen. Er bittet sie, im Hinblick auf weitere konstruktive Vorschläge aus dem Ausschuss heraus, den Antrag noch mal zu überarbeiten bzw. handwerklich nachzuarbeiten, was es genau sein soll, ein bedingungsloses Begrüßungsgeld, welches den Eltern einfach so zur Verfügung gestellt wird, ohne dass es eine Zweckbindung gibt, oder wenn es eine Zweckbindung geben soll, zu welchem Zweck.

Sein Ziel ist es, dass man die guten Dinge und die guten Ideen, die aus jeder Fraktion kommen, zusammenbringt, um abschließend eine wirklich gute Begrüßung für unsere neuen Bürger hier in dieser Stadt zu schaffen und uns eben auch als familienfreundliche Stadt noch stärker zu positionieren.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird zurückgestellt und damit auch nicht abgestimmt.

4. Vorberatung

4.1. Antrag der CDU-Fraktion - Kita-App -, Reg.-Nr. 273-22 - Stellungnahme der Verwaltung

4.2. Antrag der SGI-Fraktion - Kita-App -, Reg.-Nr. 274-22 - Stellungnahme der Verwaltung

4.3. Antrag der AfD-Fraktion - Kita-App -, Reg.-Nr. 275-22 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, informiert über die drei relativ ähnlichen Anträge zur Kita-App.

Hintergrund war eine Elternbefragung zum pädagogischen Konzept an den Kindertageseinrichtungen und einem gemeinsamen Workshop und die neben diesen Themen betreffende pädagogische Arbeit. Es wurden viele konkrete und auch praktische Dinge benannt, die letztendlich die Kommunikation auch zwischen den Einrichtungen und den Eltern verbessern sollte.

Ein entscheidender Punkt, der aus der Elternbefragung und dem Workshop kam, war der Wunsch nach einer Kita App. Die Stadtverwaltung sieht das als großes Potenzial, einmal um die Zusammenarbeit und die Verbindung zwischen Eltern und Erziehern zu verbessern, aber auch um das Thema Flexibilisierung Betreuungszeiten. Über diese App können frühzeitig die gewünschten Betreuungszeiten elektronisch erfasst werden, um diese in der Wochenplanung

zu berücksichtigen.

Mit dieser App könnte der Verwaltungsaufwand enorm reduziert werden. Dokumente, welche oftmals ausgedruckt und in die Stadt getragen wurden, könnten mittels dieser App digital übertragen werden.

Vielen Dank an die Fraktionen, dass das Thema noch einmal aufgenommen wurde und mit den Anträgen unterstützt wird. Das zeigt, dass man das in der Breite auch fordert.

Die drei Anträge sind von der Zielrichtung relativ ähnlich und werden von der Stadtverwaltung gerne angenommen und man ist motiviert, das Thema zügig umzusetzen.

Neben der Einführung der App, die finanziell im überschaubaren Rahmen liegt, gibt es gewisse Hürden, die zu nehmen sind. Zum einen das Thema Ausbau der Digitalisierung an den Kindergärten, zum anderen der Datenschutz.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, trägt die Stellungnahmen zu den drei Anträgen vor und führt aus, dass die kommunalen Einrichtungen „Buratino“ und „Kosmonaut“ als Modelleinrichtung für die Erprobung der App ausgewählt wurden.

Herr Nick Grimm, Koordinator Digitalisierung, sieht keine Probleme, noch in diesem Jahr mit einer entsprechenden App starten zu können. Das heißt, beide Modelleinrichtungen können so ausgebaut werden, dass WLAN vorhanden, dass Endgeräte da sind.

Es wurde ein Förderantrag für die Ausstattung unserer Kindertageseinrichtungen mit Tablets gestellt, welcher jetzt in Größenordnung beschieden wurde. Im Haushalt der Stadt Plauen sind im Bereich IT für die Kindertageseinrichtungen und Horte ebenfalls feste Summen für die Haushaltsjahre 2023 bis 2027 eingeplant.

Die Stadtverwaltung hat verschiedene Anbieter angeschaut und unter diesen drei App Anbieter ausgewählt, welche ihre App den Leiterinnen der Einrichtungen vorstellen. Auch die Eltern sollen bei der Einrichtung dieser App mitgenommen werden. Der Abschluss ist für das Jahr 2024 geplant. Das Thema Datenschutz ist gerade bei öffentlichen Trägern ein wichtiges Thema. Aber es gibt durchaus Möglichkeiten, den Datenschutz auch für die betroffenen Familien und für die Einrichtung so sicher wie möglich zu gestalten, die App-Anbieter ihrerseits haben Datenschutz Zertifikate und ähnliches.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, nimmt hiermit alle drei Anträge an und wird alles dafür tun, diese Dinge umzusetzen.

Herr Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, stimmt der Vorgehensweise zu, möchte aber wissen, warum in den drei Stellungnahmen die Einführung der App ab Mitte 2023 steht, aber gesagt wurde, dass der Abschluss im Jahr 2024 ist.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, das ist richtig, in der Stellungnahme steht 2023. Momentan mangelt es an den Handwerkerleistungen, so dass 2023 nicht machbar ist und die Stadtverwaltung 2024 in den Blick genommen hat.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt, die Stadtverwaltung arbeitet daran, dass so schnell wie möglich hinzubekommen. Wichtig ist es, die Ausschreibungen zeitnah umzusetzen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, begrüßt es aus seiner Fraktion, dass die Stellungnahme im Sinne ihres Antrages ist und auch so angegangen wird. Wichtig war es, dieses Pilotthema in 2022 zu beginnen, um Erfahrungen zu sammeln, die flächendeckend einfließen können. Er findet es gut, dass sein Vorschlag aus dem Bildungs- und Sozialausschuss im April zum Modellprojekt der flexiblen Öffnungszeiten in der Kindertageseinrichtung Regenbogen nun doch so schnell umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang fragt er an, warum das Modell Kita-App nicht auch in der Kita Regenbogen angewandt wird. Diese würde sich aus seiner Sicht explizit anbieten.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, bedankt sich für die Frage. Er führt aus, die Kolleginnen, die jetzt als erste Pilotgruppen starten wollen, haben explizit ihr Interesse an dieser

Testphase geäußert. Das Thema Flexibilisierung Öffnungszeiten mit der Kita-App zu verbinden ist nicht einfach, da eine Investition in die IT notwendig ist. Es ist ihm ein großes persönliches Anliegen, sich dafür einzusetzen und hat auch dort mit dem Oberbürgermeister Steffen Zenner Prioritäten an dieser Stelle noch mal höher gewichtet. Er ist dankbar, dass er dies jetzt im Haushaltsentwurf anbieten kann und sagt, die Stadträte können jetzt entscheiden, ob sie die Priorität dort sehen oder ob sie sagen, nein, das ist an anderer Stelle besser investiert.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, es wäre natürlich naheliegend gewesen, die Kindertageseinrichtung Regenbogen hier zu nehmen, da in dieser Einrichtung schon viel modellhaft passiert ist. Aber genau das war der Grund, dass man gesagt hat, man muss davon absehen. Denn zu viele Modelle in einer Einrichtung, die erprobt werden müssen, belasten das Personal und auch die Elternschaft.

Dass die Voraussetzungen in der neuen Einrichtung vielleicht besser gewesen wären als in den beiden Modelleinrichtungen kann man nicht genau beurteilen. Es gibt unterschiedliche Signale. Wichtig für die Auswahl war, dass dieser Wunsch von den Teams kam. Sie wollten das und mit dieser Motivation geht man natürlich ganz anders an den Start.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, ist das Thema Sorgfalt und Fürsorge für die Mitarbeiter besonders wichtig und die Modellprojekte sollen zum Ziel führen. Gerade das Thema Flexibilisierung der Öffnungszeiten hat ganz andere Dimensionen als vielleicht das Thema Kita-App.

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Frau Beatrice Parthon, sachkundige Einwohnerin, hat eine Anfrage zum Betrieb im Plauener Stadtbad – BÄDER PLAUEN GmbH. Es wurde die Temperatur abgesenkt und die Trainingszeiten für die Vereine reduziert. Sind weitere Einschränkungen geplant?

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, bedankt sich für die Anfrage, welche bereits im Kultur- und Sportausschuss als auch in der Presse sowie in Abstimmung über den Aufsichtsrat mehrfach beantwortet wurde. Aber auch an dieser Stelle würde er es noch einmal beantworten, weil er glaubt, hier an dieser Stelle das Thema Transparenz ganz wichtig ist.

Er sagt, gerade beim Plauener Stadtbad musste man wesentlich schneller agieren, als man das für die ganze Stadt tun muss. Für das Plauener Stadtbad ist es natürlich noch einmal eine ganz andere Präsenz, weil das Stadtbad eine hohe Energieintensität hat, was den Stromverbrauch, insbesondere auch den Gasverbrauch angeht. Um eine Insolvenz abzuwenden, mussten kurzfristige Entscheidungen getroffen werden.

Die Stadt Plauen hat jetzt den Ausbau der Photovoltaikanlage vorgezogen, um das Plauener Stadtbad weiterhin unabhängiger zu machen von fossilen Brennstoffen.

Herr Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, möchte wissen, wann mit den ersten Auswertungen der Wochenstundenpakete zu rechnen ist. Weiter fragt er, ob in den Kindertageseinrichtungen und Horten der Stadt Plauen ausreichend Plätze für die zahlreichen ukrainischen Kinder sind.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, gibt zur Antwort, dass es der Stadt Plauen tatsächlich gelungen ist, ausreichend Kita-Plätze sowohl in städtischen als auch in freien Trägern für die ukrainischen Kinder zu ermöglichen. Einen großen Dank an die Erzieher. Es war ein riesiger Kraftaufwand. Sprachbarrieren mussten überwunden und die dramatischen Erlebnisse der Kinder verarbeitet werden. Auch was die Schulen angeht, konnten DAZ-Klassen bzw. ukrainische Klassen eingerichtet werden. Das zeigt, dass es richtig war, dass die Infrastruktur sowohl in den Kindergärten als auch in den Schulen nicht auf ein minimales Maß heruntergefahren wurde. Problem ist weiter der hohe Bedarf an qualifizierten Fachkräften.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, hatte bereits informiert, dass man mit dem Wasserstundenpaketen begonnen hat, in einer Zeit als nur schwer was zu machen war, nämlich während dieser Corona-Zeit mit eingeschränktem Regelbetrieb. An verschiedenen Stellen mussten die Pakete neu bewertet und anders aufgestellt werden, so dass eine abschließende Information zu den Ergebnissen erst im Juni 2023 möglich ist.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt nach dem Bearbeitungsstand der Schäden auf dem Spielplatz Westend. Ein Spielgerüst weist Mängel in der Verankerung und diverse Lackschäden auf. Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin GB II wurden Fotos zugearbeitet.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, kann hierzu nichts ausführen. Er wird die Frage mitnehmen und zeitnah beantworten lassen.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, möchte wissen, ob die Stadtverwaltung Hilfe beim Ausfüllen der Formulare für die Grundsteuer anbietet.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, sagt nein, hier kann die Stadt Plauen keine Hilfe anbieten und verweist auf gemeinnützige Vereine oder Familienangehörige.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, ergänzt, dass dies Sache des Finanzamtes ist. Dieses steht hier in der Pflicht, Bürger zu beraten und Hilfestellung zu geben, vor allem bei den Bürgern, die das online nicht können. Was die Hilfe bei Menschen mit Sehbehinderung betrifft, da könnten entsprechende Vereine unterstützen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GBI, möchte sich an dieser Stelle für die konstruktive Diskussion bedanken. Er führt weiter aus, es gibt an manchen Punkten unterschiedliche Meinungen und Ansichten, Kritik orientiert sich an der Sache und ist nicht an die Personen gerichtet.

Plauen, den

Plauen, den

Herr Tobias Kämpf
Bürgermeister GBI

Herr C. Hermann
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Frau Herrmann
Schriftführer

Herr M. Dieke
Stadtrat